

Anfragen: Sommersession 2019

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
12	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) (Sprecher/in) Bichsel (Zollikofen, SVP)	Warum hat die Wyss-Foundation noch keinen Entscheid zum Wyss-Center gefällt?	3
17	Gerber (Hinterkappelen, Grüne)	Keine Samstagsarbeit auf Berner Baustellen	4
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
1	Guggisberg (Kirchlindach, SVP)	Jetzt: Endlich Kostenwahrheit im Asylbereich!	5
13	Grimm (Burgdorf, glp)	Finanzierung der Fachstellen für Rassismusbekämpfung im Kanton Bern	6
14	Grimm (Burgdorf, glp)	Fachstelle für Rassismusbekämpfung	7
16	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Patientenbeteiligung bei der Spitex ab 65 Jahren und Mehrwertsteuerabgabe auf Betreuungskosten sind eine grosse finanzielle Belastung für ältere Patienten	8
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
3	Guggisberg (Kirchlindach, SVP)	Ist der Winterdienst nun wirklich günstiger?	9
8	Imboden (Bern, Grüne)	Ist nach kantonaler Gesetzgebung eine Baubewilligung für einen privaten Aushang zum Frauenstreik nötig?	10
10	Etter (Treiten, BDP)	Renovation INFORAMA Ins	11
11	Michel (Schattenhalb, SVP)	Eigentümerschaft des Kantons Bern an der BLS in Frage gestellt?	12
19	Stampfli (Bern, SP)	Einbezug der lokalen Bevölkerung bei der Stilllegung des AKW Mühleberg	13
20	Stampfli (Bern, SP)	Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat mit der BLS?	14
22	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)	Warum bleiben Bahntüren in Leissigen geschlossen?	15
Finanzdirektion FIN			
5	Luginbühl-Bachmann (Krattigen, BDP)	Barzahlung an Schaltern der Verwaltung	16
6	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Warum sitzt ehemaliger FIN-Generalsekretär noch immer in Verwaltungsräten?	17
7	Imboden (Bern, Grüne)	Wie hoch ist die Entlastung der Gemeinden und Städte bei der Kompensation beim Bundesanteil?	18
15	Bachmann (Nidau, SP)	Quellenbesteuerung von ausserkantonalen Arbeitnehmenden	19



Erziehungsdirektion ERZ

- | | | | |
|---|--------------------------------|---|----|
| 2 | Guggisberg (Kirchlindach, SVP) | Keine Betreuung von Lernenden durch verurteilte Sexualstraftäter! | 20 |
|---|--------------------------------|---|----|

Polizei- und Militärdirektion POM

- | | | | |
|----|---|---|----|
| 4 | Gullotti (Tramelan, SP) | Wie viele abgewiesene Asylsuchende befinden sich in einer beruflichen Ausbildung? | 21 |
| 18 | Schneider (Biel, SVP) | Angriffe auf Polizisten und Sanitäter in Bern – Wie lange will der Kanton noch zuschauen? | 22 |
| 21 | Gabi Schönenberger
(Schwarzenburg, SP) | Fehlende Publikation der Jahresstatistiken 2017 und 2018 zur häuslichen Gewalt | 23 |

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

- | | | | |
|---|------------------------|---|----|
| 9 | Stucki (Stettlen, glp) | Verhindern schleppende Prozesse effizientes Bauen und die innere Verdichtung? | 24 |
|---|------------------------|---|----|

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 02.06.2019

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)
(Sprecher/in)
Bichsel (Zollikofen, SVP)

Beantwortet durch: VOL

Warum hat die Wyss-Foundation noch keinen Entscheid zum Wyss-Center gefällt?

Der Amerika-Schweizer Hansjörg Wyss und seine Stiftung (Wyss Foundation in Washington DC) erwägen, in Zusammenarbeit mit der Universität Bern und dem Kanton Bern ein «Wyss Centre Bern» (WCB) zu lancieren. Vorausgesetzt wird, dass sich der Standort Bern mit ebenfalls 100 Millionen Franken beteiligt (Co-Finanzierung). Der Grosse Rat hat diesem Co-Finanzierungskonzept in der Märzsession zugestimmt.

Bereits im Dezember 2018 war anlässlich des Regierungsratsbeschlusses in der Sache in der Presse zu lesen, dass nach einem positiven Entscheid des Grossen Rates mit einem Entscheid der Stiftung im nächsten April oder Mai zu rechnen sei. Auch hat der Fiko-Kommissionssprecher bei der Beratung des Geschäfts im März Folgendes gesagt: «Wie geht es weiter? – Mit der kantonalen Zusage zur Finanzierung von 50 Mio. Franken über zehn Jahre ist das Paket unterschriftsreif, das heisst, die Verhandlungen mit Hansjörg Wyss und seiner Stiftung können demnächst erfolgreich abgeschlossen werden.»

Und auch Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann hat in der Märzsession einen baldigen Abschluss der Vertragsverhandlungen in Aussicht gestellt: «Das Gesuch wird dann in intensiver Zusammenarbeit, wie wir sie bisher zwischen der Uni und dem Kanton hatten, fertiggestellt und voraussichtlich Ende dieses Monats bei der Wyss Foundation eingereicht.»

Nun ist aber schon Juni. Und man hat weder von der Einreichung des Gesuchs noch von einem positiven Entscheid der Wyss-Foundation etwas gehört.

Fragen:

1. Wurde das Gesuch für die Gründung eines «Wyss Centre Bern» vom Kanton Bern bei der Wyss-Foundation eingereicht?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja: Warum hat die Wyss-Foundation noch nicht entschieden?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 03.06.2019

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Keine Samstagsarbeit auf Berner Baustellen

Auf Baustellen des Kantons wird regelmässig an Samstagen gearbeitet. So u. a. auch auf der Neubau-Baustelle Institut für Rechtsmedizin (IRM) an der Murtenstrasse 20-30 in Bern.

Fragen:

1. Warum wird auf Berner Baustellen, insbesondere an der Murtenstrasse 20-30 in Bern, oft am Samstag gearbeitet?
2. Warum übernimmt der Kanton in Bezug auf die Umsetzung des Landesmantelvertrags (LMV) auf Berner Baustellen keine Vorbildfunktion bezüglich des Arbeitsrechts?
3. Wurde bei allen Samstagsarbeiten an der Murtenstrasse 20-30 die Samstagsarbeit im Vorfeld angemeldet?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 05.04.2019

Eingereicht von: Guggisberg (Kirchlindach, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Jetzt: Endlich Kostenwahrheit im Asylbereich!

Das Asylwesen kostet den Steuerzahler in der Schweiz enorme Summen. Die wirklich anfallenden jährlichen Gesamtkosten sind jedoch nicht bekannt. Bekannt ist hingegen, dass in Gemeinden deswegen bereits die Steuern erhöht werden mussten. Um die Wirksamkeit der erfolgten Asylrechtsreform beurteilen zu können, bedarf es einer umfassenden und transparenten Vollkostenrechnung: Es sollen sämtliche Aufwände eruiert werden, die im Zusammenhang mit der Asyleinwanderung bei Bund, Kantonen und Gemeinden entstehen.

Fragen:

1. Wie hoch waren im Kanton Bern (direktionsübergreifend) die direkten und indirekten Kosten aus dem Asylprozess (jede Form von Unterstützung mit öffentlichen Geldern z. B. für Unterbringung, Betreuung, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Sprachkurse, Schulen, Ausbildung, Gesundheitswesen, Integration, Kriminalitätsbekämpfung, Gerichtsverfahren etc.) in den letzten fünf Jahren (2014-2018)?
2. Wie werden sich diese Kosten im Kanton Bern und in den Berner Gemeinden in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich entwickeln, wenn bei zahlreichen anerkannten Flüchtlingen bzw. vorläufig aufgenommenen Personen die Fristen von 5 bzw. 7 Jahren, während denen der Bund die Sozialhilfekosten bezahlt, abgelaufen sein werden?
3. Wie werden die Gemeinden über die auf sie zukommenden Zusatzkosten informiert?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 02.06.2019

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, glp)

Beantwortet durch: GEF

Finanzierung der Fachstellen für Rassismusbekämpfung im Kanton Bern

Der Kanton Bern führt bzw. unterstützt Fachstellen zur Rassismusbekämpfung mit verschiedenen Angeboten.

Fragen:

1. Zu welchen Anteilen unterstützt der Kanton die einzelnen Angebote finanziell?
2. Inwiefern reicht diese finanzielle Unterstützung, um den Betroffenen adäquat zu helfen?
3. Wie ist die Auslastung der Fachstellen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 02.06.2019

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, glp)

Beantwortet durch: GEF

Fachstelle für Rassismusbekämpfung

Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) ist zuständig für die Prävention von Rassismus. Sie gestaltet, fördert und koordiniert Aktivitäten auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene.

- Sensibilisierung und Prävention zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und zur Stärkung der Menschenrechte
- Verbesserung des rechtlichen Schutzes vor Diskriminierung
- Nationale und internationale Berichterstattung
- Finanzielle Unterstützung von Projekten zur Rassismusbekämpfung und für Menschenrechte

Fragen:

1. Wie wird die Bevölkerung über den Diskriminierungsschutz informiert bzw. aufgeklärt?
2. Welche Anlaufstellen zur Rassismusbekämpfung bietet der Kanton Bern an?
3. Welche Angebote haben diskriminierungsbedroffene Menschen im Kanton Bern?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 02.06.2019

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Patientenbeteiligung bei der Spitex ab 65 Jahren und Mehrwertsteuerabgabe auf Betreuungskosten sind eine grosse finanzielle Belastung für ältere Patienten

Viele ältere Menschen möchten gerne möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben. Doch es zeigt sich, dass insbesondere wegen den höheren Spitex-Kosten ab 65 Jahren und dem hohen Mehrwertsatz das Altersheim die günstigere Variante ist. Dies ist nicht nachvollziehbar und entspricht nicht dem Bedürfnis vieler älterer Menschen.

Fragen:

1. Warum müssen Spitex-Patienten ab 65 Jahren höhere Kosten an Pflegeleistungen bezahlen?
2. Wie wird der hohe Mehrwertsteuersatz von 7,7 Prozent auf Betreuungsleistungen (nicht Grundpflege) von Home Instead gerechtfertigt, wenn man bedenkt, dass auf derselben Betreuungsleistung in einem Altersheim keine Mehrwertsteuern anfallen?
3. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit die Pflege/Betreuung von älteren Menschen zuhause nicht wie gegenwärtig (4 Stunden pro Tag) 6211 Franken pro Monat und diejenige im Altersheim ca. 1000 Franken pro Monat (inkl. Kost und Logis) kostet, sondern günstiger ausfällt?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 28.04.2019

Eingereicht von: Guggisberg (Kirchlindach, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Ist der Winterdienst nun wirklich günstiger?

Das Tiefbauamt des Kantons Bern hat die Winterdienstverträge auf Ende Wintersaison 2018/2019 für alle Beteiligten völlig unerwartet gekündigt und neu ausgeschrieben. Ein Schock für die betroffenen Transportbetriebe. Inzwischen wurden die Aufträge neu vergeben.

Fragen:

1. Zu welchen Konditionen wurden die Aufträge in den einzelnen Regionen vergeben?
2. Vergleich mit den Kosten in der Vergangenheit: Welche Kosten fielen für den Winterdienst in den einzelnen Regionen in den vergangenen drei Wintern durchschnittlich an? (bitte tabellarische Gegenüberstellung der Kosten in der Vergangenheit und den künftigen Ausgaben gestützt auf die Zahlen der Vergabe; bei ca. gleichem Schneefall bzw. gleichen Einsätzen)
3. Wie viel Geld werden die Steuerzahlenden im Kanton Bern wegen der Neuvergabe des Winterdiensts (bei vergleichbaren Bedingungen betr. Schneefall wie in den letzten drei Wintern) insgesamt einsparen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 27.05.2019

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: BVE

Ist nach kantonaler Gesetzgebung eine Baubewilligung für einen privaten Aushang zum Frauenstreik nötig?

Einer Privatperson wurde in der Gemeinde Neuenegg das Aufhängen eines Plakats für den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 am Balkon verboten (Berner Zeitung, 27.5.2019). Begründet wurde dies von der Gemeinde mit dem Hinweis, dass ein Plakat die Verkehrssicherheit einschränken würde und dass für Plakate grösser als 1,2 m² eine Baubewilligung nötig sei.

Fragen:

1. Verlangt die kantonale Gesetzgebung eine Baubewilligung für temporäre, politische, nichtkommerzielle Plakate und Fahnen?
2. Was sind die gesetzlichen Grundlagen für unterschiedliche Aushänge wie Geburtstafeln, Wahlplakate usw.?
3. Wie schätzt der Regierungsrat das Vorgehen der Gemeinde Neuenegg ein?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 01.06.2019

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: BVE

Renovation INFORAMA Ins

Das INFORAMA Ins ist sehr gut geeignet, um externe Kurse und Tagungen durchzuführen. Leider ist die Infrastruktur im Konfliktgebäude nicht auf dem aktuellen Stand, so dass die Räumlichkeiten nur selten vermietet werden können.

Nach dem Verzicht auf das Feriendorf im Seeland sollte eine Renovation in diesem Bereich durchgeführt werden. Leider musste ich feststellen, dass die Pläne für die Renovation zurückgestellt worden sind.

Fragen:

1. In welchem aktuellem Stadium steht das Projekt «Renovation INFORAMA Ins»?
2. Warum sind bei diesem Projekt erneut Verzögerungen eingetreten?
3. Wann kann mit einem konkreten Projekt und einem Kreditantrag gerechnet werden?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 02.06.2019

Eingereicht von: Michel (Schattenhalb, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Eigentümerschaft des Kantons Bern an der BLS in Frage gestellt?

Im Rahmen eines regelmässigen Austausches hat SBB-Chef Andreas Meyer letzte Woche dem Berner Verkehrsdirektor Christoph Neuhaus den Kauf der Berner Staatsbahn BLS angeboten. Meyer nannte auch einen konkreten Kaufpreis.

Gemäss Informationen der SonntagsZeitung zeigte sich der oberste Manager der Bundesbahnen bereit, 50 bis 60 Millionen Franken für die Berner Anteile an der BLS zu bezahlen. Der Berner Verkehrsdirektor Christoph Neuhaus bestätigt die Zusammenkunft, macht aber auch klar, dass er nicht auf Meyers Angebot eingegangen sei. Der Kanton Bern muss sich gemäss ihm über die Zukunft seiner Staatsbetriebe Gedanken machen. Zurzeit stehe die BLS aber nicht zur Disposition.

Dass eine Beteiligung an der BLS oder gar deren Übernahme für die SBB nicht vom Tisch ist, zeigte sich schon zwei Tage später. In den Gesprächen der SBB-Spitze mit der BLS-Leitung bezeichnete Meyer gemäss mehreren Gesprächsteilnehmern eine Beteiligung der Bundesbahnen an der BLS als Option für eine zukünftige Zusammenarbeit der beiden Bahnen.

Fragen:

1. Lässt die heutige Eigentümerstrategie eine Option für eine Beteiligung der SBB an einer künftigen Zusammenarbeit mit der BLS zu?
2. Falls ja, wie stellt sich die Berner Regierung zu dieser Option?
3. Ist die Berner Regierung der Auffassung, eine Fusion von BLS und SBB könnte den Wettbewerb auf der Schiene negativ beeinflussen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 03.06.2019

Eingereicht von: Stampfli (Bern, SP)

Beantwortet durch: BVE

Einbezug der lokalen Bevölkerung bei der Stilllegung des AKW Mühleberg

Das AKW Mühleberg wird voraussichtlich am 20. Dezember 2019 ausser Betrieb genommen. Dieses erste Stilllegungsprojekt in der Schweiz wird von der Öffentlichkeit aufmerksam beobachtet. Anwohner und Anwohnerinnen kümmern Fragen wie die Abtransporte, die Lagerung und natürlich die radioaktive Belastung des Personals sowie der Bevölkerung in der Umgebung.

In diesem Kontext wurde die BKW bereits mehrfach mündlich und schriftlich angefragt, ob sie bereit wäre, eine Begleitgruppe für die Stilllegung einzusetzen. Die BKW weigert sich, diesem Begehren nachzukommen. Die BKW verweist darauf, dass das ENSI den Rückbau des AKW begleitet und deshalb keine Begleitgruppe nötig sei. Diese Argumentation ist allerdings nicht nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die BKW von 2009 bis 2011 zur Planung eines neuen AKW eine Begleitgruppe einsetzte und auch der Bund in der Frage der Endlagerstätten mehrere lokale Begleitgruppen einsetzte. Was bei der Planung eines neuen AKW möglich war, müsste somit auch bei Stilllegung möglich sein.

Eine solche Begleitgruppe wäre eine vertrauensbildende Massnahme gegenüber der Bevölkerung und eine Erfahrung für die zukünftige Stilllegung weiterer Atomkraftwerke.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat der Einbezug der lokalen Bevölkerung beim Rückbau des AKW Mühleberg wichtig?
2. Teilt der Regierungsrat die Haltung, dass eine solche Begleitgruppe für die Stilllegung des AKW Mühleberg eine vertrauensbildende Massnahme darstellt?
3. Wird sich der Regierungsrat für die Einsetzung einer Begleitgruppe zur ersten Stilllegung eines Schweizer AKW einsetzen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 03.06.2019

Eingereicht von: Stampfli (Bern, SP)

Beantwortet durch: BVE

Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat mit der BLS?

Offenbar laufen Gespräche für ein engeres Zusammengehen von SBB und BLS, bis hin zu einer Übernahme. Als Mehrheitsaktionär der BLS kommt dem Kanton Bern dabei eine entscheidende Rolle zu. Mit der BLS verfügt der Kanton Bern über ein strategisch sehr wichtiges Instrument im öffentlichen Verkehr. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und einer zusätzlichen Verlagerung von der Strasse auf die Schiene gilt es, höchst verantwortungsvoll damit umzugehen. Die BLS gewährleistet eine nachhaltige und flächendeckende Erschliessung des gesamten Kantons Bern. Dieses wichtige Standbein des Service publics darf nicht fahrlässig aus der Hand gegeben werden.

Fragen:

1. Wie weit sind die Gespräche für eine allfällige Übernahme der BLS durch die SBB fortgeschritten?
2. Welche mittelfristige Strategie verfolgt der Regierungsrat mit der BLS?
3. Zu welchem Preis ist der Regierungsrat bereit, seine Aktienmehrheit bei der BLS zu veräussern?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 03.06.2019

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Warum bleiben die Bahntüren in Leissigen geschlossen?

Im Zusammenhang mit der Verfassung des Kantons Bern (Art. 34 Abs.1 und 2) und der Absicht, diese mit einem Klimaartikel 31a sowie den Themen Umwelt, Sicherheit, Angebotsqualität und Kosten zu ergänzen, hat die für eine proaktive und konstruktive Mitarbeit bekannte IG Leissigen Futura mit Experten neue Vorschläge für einen verbesserten Mischverkehr (Bahn und Bus) ausgearbeitet. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung von Leissigen (Pendler, besorgte Mütter und Schüler) stehen hinter der neuen Hybrid-Lösung und verstehen nicht, dass die Türen bei der klimaschonenden Bahn wegen des parallelen Busbetriebs geschlossen bleiben sollen.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bzw. das Amt für öffentlichen Verkehr bereit, die IG Leissigen zeitnah zu empfangen und den neuen Vorschlag einer optimierten Hybrid-Lösung (Bahn/Bus) anzuhören?
2. Ist der Regierungsrat bereit, im Interesse von Klima, Sicherheit, Angebotsqualität und Kosten den neuen Vorschlag einer optimierten Hybrid-Lösung (Bahn/Bus) zu prüfen und zu evaluieren?
3. Ist der Regierungsrat bereit, im obgenannten Interesse und bei der Gelegenheit des parallelen Bahninfrastrukturausbaus in Leissigen die Hybrid-Lösung raschmöglichst umzusetzen oder zumindest faktisch vorzubereiten (Haltekante)?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 20.05.2019

Eingereicht von: Luginbühl-Bachmann (Krattigen, BDP) Beantwortet durch: FIN

Barzahlung an Schaltern der Verwaltung

Auch im Zeitalter des bargeldlosen Verkehrs muss es aus Gründen der Kundenfreundlichkeit und auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit möglich sein, z. B. auf dem Grundbuchamt eine Leistung mit einer Barzahlung zu begleichen. Leider scheint das aber nicht mehr möglich zu sein.

Fragen:

1. Gestützt auf welcher Grundlage (Gesetz, Verordnung, Kreisschreiben oder Weisung usw.) ist die Barzahlung nicht mehr möglich?
2. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass aus Gründen der Kundenfreundlichkeit und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eine Barzahlung auch heute noch zum Service Public gehört?
3. Wenn nein, warum?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 16.05.2019

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: FIN

Warum sitzt ehemaliger FIN-Generalsekretär noch immer in Verwaltungsräten?

Kürzlich hatte die BEDAG AG unter der Leitung von VR-Präsident Adrian Bieri ihre Generalversammlung. Per Oktober 2018 war Bieri als Generalsekretär der Finanzdirektion des Kantons Bern zurückgetreten. Gemäss seiner Website hält aber Bieri neben dem VR-Präsidium der Bedag Informatik AG noch weitere VR-Mandate: Autoeinstellhalle Rathaus AG, Bern (Präsident); Parkleitsystem AG, Bern (Mitglied); BEWAG Berner Wohnbau AG (Mitglied).

Gemäss Bericht übers Beteiligungscontrolling (VKU-Grundsätze), «6.5 Amtszeitbeschränkung für Kantonsvertreter in Verwaltungs- und Stiftungsräten» endet das Mandat von Mitarbeitenden mit dem Austritt aus dem Kantonsdienst, wobei der Regierungsrat eine Weiterführung des Mandats bewilligen kann.

Fragen:

1. Wieso ist der ehemalige Generalsekretär der Finanzdirektion immer noch Verwaltungsrat in den Verwaltungsräten? Gemäss VKU-Grundsätzen müsste er diese mit seinem Verlassen des Kantons verlassen haben.
2. Wieviel verdient er mit diesen VR-Mandaten?
3. Gibt es weitere solche Fälle?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 26.05.2019

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: FIN

Wie hoch ist die Entlastung der Gemeinden und Städte bei der Kompensation beim Bundesanteil?

Mit der angenommenen «STAF-Vorlage» (wie auch bereits bei der abgelehnten Vorlage USRIII) ist ein finanzieller Ausgleich für die Kantone vorgesehen. Der finanzielle Ausgleich erfolgt durch eine Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer der natürlichen und juristischen Personen von heute 17 Prozent auf neu 21,2 Prozent (Art. 196 DBG). Mit den zusätzlichen Mitteln können die Kantone Entlastungen für juristische Personen vorsehen, wobei die Interessen der Gemeinden angemessen zu berücksichtigen sind. Mit dem finanziellen Ausgleich des Bundes werden die Gewinnsteuerentlastungen der Kantone entschädigt. Da die Gemeinden von Gewinnsteuersenkungen entsprechend ihren Gewinnsteuereinnahmen betroffen sind, richtet sich gemäss Botschaft Steuergesetzrevision 2021 die Höhe des Gemeindeanteils nach der Höhe der Gewinnsteuern der Gemeinden. Als Bemessungsbasis gilt jeweils der Durchschnitt der vier vorangegangenen Kalenderjahre n-5 bis n-2. Massgeblich sind die in dieser Periode bei den Gemeinden eingegangenen Gewinnsteuern der juristischen Personen. Mitberücksichtigt werden auch Zahlungen zwischen den Gemeinden, die sich aus der interkommunalen Steuerteilung ergeben. Bei der gewählten Vorgehensweise werden Entwicklungen bei der Gewinnsteuer mitberücksichtigt. Bei höheren Gewinnsteuern, z. B. infolge Zuzug einer Unternehmung, erhöht sich dadurch auch der Anteil an der direkten Bundessteuer.

Fragen:

1. Mit welchen Beträgen können die Städte und Gemeinden ab 2021 rechnen?
2. Sind die Städte und Gemeinden mit dem Vorgehen einverstanden?
3. Wie sieht die Entlastung bei den Kirchgemeinden aus?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 02.06.2019

Eingereicht von: Bachmann (Nidau, SP)

Beantwortet durch: FIN

Quellenbesteuerung von ausserkantonalen Arbeitnehmenden

Im Kanton Bern arbeiten angeblich weit mehr ausserkantonale Arbeitnehmende als Leute mit Wohnsitz im Kanton Bern in anderen Kantonen. Bern hat durch diesen Umstand geringere Steuererträge.

Fragen:

1. Könnte dem oben beschriebenen Umstand mit einer Quellenbesteuerung abgeholfen werden?
2. Welche gesetzlichen Aspekte würden einer kantonalen Quellenbesteuerung von Arbeitnehmenden im Kanton Bern mit ausserkantonalem Wohnsitz entgegenlaufen?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 06.04.2019

Eingereicht von: Guggisberg (Kirchlindach, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Keine Betreuung von Lernenden durch verurteilte Sexualstraftäter!

Ende März 2019 wurde ein Bieler Lehrmeister wegen mehrfacher Ausnützung einer Notlage zum Nachteil von zwei jungen Frauen, die in seinem Betrieb in die Lehre gingen, schuldig gesprochen und zu einer Freiheitsstrafe von 20 Monaten bedingt verurteilt. Trotz Verurteilung dürfte sich der Lehrmeister gemäss dem erstinstanzlichen Gerichtsurteil in Zukunft weiterhin um die Auszubildenden kümmern.

Fragen:

1. Wie wird im Kanton Bern sichergestellt, dass verurteilte Sexualstraftäter nicht als Betreuer/Ausbildner von Lernenden tätig sein können?
2. Wie funktioniert diesbezüglich der Informationsaustausch zwischen der POM (Polizei), der JGK (Justiz) und der ERZ (Mittelschul- und Berufsbildungsamt)?
3. Wie oft melden sich Lernende bei den Beratungs- und Fachstellen Opferhilfe im Kanton Bern wegen sexuellen Übergriffen während der Berufslehre?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 05.05.2019

Eingereicht von: Gullotti (Tramelan, SP)

Beantwortet durch: POM

Wie viele abgewiesene Asylsuchende befinden sich in einer beruflichen Ausbildung?

Seit einigen Wochen setzen sich die unterschiedlichsten Kreise für abgewiesene junge Asylsuchende ein, die sich in einer Ausbildung befinden und gezwungen sind, die Schweiz ohne abgeschlossene Ausbildung zu verlassen. Diese Kreise organisieren sich, um die Bevölkerung für dieses Problem zu sensibilisieren. Die Initiative ging im Wesentlichen von der Westschweiz aus. So fand am 2. Februar 2019 in Lausanne die erste Westschweizer Konferenz zum Thema der abgewiesenen jungen Migrantinnen und Migranten ohne Zugang zu einer Ausbildung statt. Am vergangenen 4. Mai fand in Olten ein Treffen statt, um die Bemühungen der Westschweiz und der Deutschschweiz zu vereinen, um über die bestehenden Möglichkeiten zur Änderung dieser Situation sowie die zu mobilisierenden Netzwerke nachzudenken. Anwesend waren Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Kirchen, Politik und Wirtschaft. Es brodelt nicht nur in den Vereinigungen, die abgewiesene Jugendliche unterstützen, sondern auch in den Unternehmen, die gezwungen sind, die Lehrverträge mit abgewiesenen jungen Asylsuchenden aufzulösen, bevor diese ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

Anscheinend gibt es zu diesem Thema keine Statistiken. Der Kanton, der vom Bund beauftragt ist, bei negativen Asylentscheiden die Ausweisung zu vollziehen, ist mit solchen Situationen konfrontiert und könnte diesbezüglich allenfalls über entsprechende Daten verfügen.

Auch wenn der Kanton im Asylbereich keinen rechtlichen Einfluss auf die Entscheide des Bundes oder der Justiz hat, so ist es doch vor allem in humanitärer Hinsicht absurd, dass eine solche Praxis zulässig ist. Aber auch in finanzieller Hinsicht ist eine solche Praxis abwegig, denn diese Personen wurden in der Schweiz ausgebildet, diese Ausbildungen haben Kosten verursacht, und der Return on Investment ist gleich Null.

Fragen:

1. Gibt es im Kanton Bern Statistiken über die Zahl junger Asylsuchender in Ausbildung, die aufgrund eines negativen Asylentscheids ausgewiesen werden müssen?
2. Wenn ja: Wie viele Fälle wurden im Kanton Bern in den vergangenen fünf Jahren erhoben?
3. Wenn nein: Käme eine solche statistische Erhebung in Betracht?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 03.06.2019

Eingereicht von: Schneider (Biel, SVP)

Beantwortet durch: POM

Angriffe auf Polizisten und Sanitäter in Bern – Wie lange will der Kanton noch zuschauen?

In der Nacht auf den 22. Mai 2019 sind zwei Rettungssanitäter auf der Grossen Schanze in Bern angegriffen und verletzt worden. Auch werden Polizisten immer wieder Opfer von gewalttätigen Übergriffen in der Bundesstadt.

Fragen:

1. Es herrscht in der Stadt Bern ein erhöhtes Risiko von gewalttätigen Übergriffen auf Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte. Welches sind die Gründe hierfür?
2. Welche Massnahmen im Rahmen der geltenden Gesetze werden ergriffen, um den Schutz von Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräften zu erhöhen?
3. Wie oft verlangt die Staatsanwaltschaft das für Gewaltdelikte höchstmögliche Strafmass und wie oft unterschreiten Gerichte in ihren Urteilen den jeweiligen Antrag der Staatsanwaltschaft?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 03.06.2019

Eingereicht von: Gabi Schönenberger
(Schwarzenburg, SP)

Beantwortet durch: POM

Fehlende Publikation der Jahresstatistiken 2017 und 2018 zur häuslichen Gewalt

In den Jahren 2014, 2015 und 2016 veröffentlichte die POM bzw. die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt jeweils Jahresstatistiken, verbunden mit einer Medienmitteilung.

Diese fand jeweils grosse Beachtung in der Medienwelt und machte auf die Wichtigkeit und den Handlungsbedarf aufmerksam.

Die Statistiken 2017 und 2018 stehen aus und müssen publiziert werden.

Gerade mit Blick auf die Istanbul-Konvention ist es wichtig, die neusten Zahlen und Entwicklungen zu kennen, um für heute und die Zukunft die richtigen Massnahmen zu treffen.

Fragen:

1. Wann gedenkt die POM, die Jahresstatistiken 2017 und 2018 zur häuslichen Gewalt zu publizieren?
2. Ist sich die POM bewusst, dass es gerade im Hinblick auf die Umsetzung der Istanbul-Konvention sehr wichtig ist, die neusten Zahlen und Entwicklungen zu kennen, um für heute sowie für die Zukunft die richtigen Massnahmen zu treffen?
3. Werden die Statistiken zur häuslichen Gewalt von nun an wieder regelmässig veröffentlicht?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Sommersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 28.05.2019

Eingereicht von: Stucki (Stettlen, glp)

Beantwortet durch: JGK

Verhindern schleppende Prozesse effizientes Bauen und die innere Verdichtung?

In der Kurzinformation des Regierungsrats vom 16. Mai 2019 informierte dieser, dass den Gemeinden ein Aufschub von drei Jahren für die Umsetzung der BMBV (Begriffe und Messweisen im Bauwesen) in ihren Baureglementen gewährt wird.

Der Regierungsrat begründet den Aufschub damit, dass Ende 2018 rund 200 von 347 Berner Gemeinden zwei Jahre vor Ablauf der ordentlichen Frist über keine genehmigten kommunalen Baugesetze verfügen.

Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat bzw. das zuständige AGR die benötigten Ressourcen sicher, damit die Vorprüfung und Genehmigung der rund 200 kommunalen Baureglemente innerhalb der ordentlichen Prüffristen erfolgen und sich das Verfahren nicht wegen Engpässen bei den kantonalen Behörden verzögert?
2. Wie stellt der Regierungsrat bzw. das zuständige AGR sicher, dass die Gemeinden die Anpassung der Bauvorschriften und damit die Harmonisierung der BMBV innerhalb der neu gesetzten Frist umsetzen?
3. Welche Folgen hat es für eine Gemeinde, wenn sie die geforderte Anpassung in ihren Baugesetzen nicht innerhalb der gesetzten Frist umsetzen – sei es wegen eigenem Versäumnis oder wegen hängiger Bewilligung durch die kantonale Behörde?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat